



Regierungsratsbeschluss vom 02. September 2025

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Vorentwurf zur Änderung des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (Schutz von Daten juristischer Personen durch Bundesorgane); Vernehmlassung

P250794

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.

Begründung

Die Vernehmlassungsvorlage zur Änderung des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes des Bundes regelt die Vorgaben für die Bearbeitung und Bekanntgabe von Daten juristischer Personen durch Bundesorgane nach Ablauf der geltenden Übergangsbestimmung. Diese Regelung ist notwendig, da die Regelungen des eidgenössischen Datenschutzgesetzes nicht auf die Daten juristischer Personen anwendbar sind. Da ausschliesslich Bundesorgane betroffen sind und keine Auswirkungen auf den Kanton zu erwarten sind, wird auf eine materielle Stellungnahme verzichtet.

